

Agrarpolitik in Widersprüche verstrickt

Autor(en): **Kaufmann, Michael**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Heimatschutz = Patrimoine**

Band (Jahr): **94 (1999)**

Heft 1

PDF erstellt am: **18.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-175846>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Agrarpolitik in Widersprüche verstrickt

von Michael Kaufmann, Journalist BR, Bern

«Dank Direktzahlungen sind Tausende von Bauern am Umsteigen, und es werden immer mehr. Ich unterstütze diese Umlagerung, weil wir mit dem GATT und der neuen internationalen Konkurrenz so eine Chance haben», unterstrich im Frühjahr 1995 der damalige Milchverbandspräsident und CVP-Nationalrat Josef Kühne. Es war wenige Wochen vor der Volksabstimmung über drei strittige Agrarvorlagen – Kühne verteidigte diese in der Meinung, mit seinen schönen Worten sei dem Motto «Mehr Markt und mehr Ökologie» Genüge getan.

Wider das Volk

Das Volk sah es deutlich anders. Zusammen mit den Umweltverbänden legte die Mehrheit ein Nein ein und beendete damit die altgediente Agrarpolitik. Der Bundesrat musste handeln und legte innert weniger Monate mit «Agrar 2002» eine völlig neue Konzeption für die Schweizer Landwirtschaft vor. Gemäss dem Entwurf eines Verfassungstextes sollte nur noch staatliche Unterstützung erhalten, wer für den Markt produziert und gleichzeitig ökologische Minimalanforderungen erfüllt. Der Verfassungstext war ein Gegenvorschlag zur mittlerweile zurückgezogenen «Bauern- und Konsumenten»-Initiative der Umweltverbände. Bereits im Juni 1996 stimmte das Volk diesem Verfassungstext zu. Er ist die Grundlage der neuen schweizerischen Agrarpolitik, welche – gerade mit Blick auf die europäischen Agrarmärkte – davon ausgeht, dass in unserem Land Qualität gefragt ist. Mit Massenproduktionen aus dem Ausland, so die Gewissheit, können die Schweizer Bauern ohnehin nicht konkurrenzieren.

Die neue Agrarpolitik setzt auf Markt und Ökologie und geht dabei von einer bodenbewirtschaftenden bäuerlichen Produktion aus. Mit dem neuen Direktzahlungssystem werden in dieser Richtung deutliche wirtschaftliche Anreize gegeben. Die Raumplanungsrevision zielt aufs Gegenteil ab: Artikel 16 des Gesetzes öffnet bodenunabhängiger Produktion und Tierfabriken Tür und Tor.

Leitlinien: Markt und Ökologie

Die Volksabstimmung von 1996 ist ein Sieg der Konsumentinnen und Konsumenten. Es ist aber auch ein Sieg für die ökologisch produzierten Nahrungsmittel und für eine boden- und landschaftsschonende Landwirtschaft. Die Schweizerinnen und Schweizer sind nämlich nach wie vor bereit, für die Landwirtschaft einzustehen und auch Steuergelder zur Verfügung zu stellen. Dies aber unter zwei deutlichen Bedingungen: Erstens muss für den Markt produziert werden. Teure Überschusswirtschaft – wie etwa bei der Käse-Union – und Massenproduktion sind nicht mehr gefragt. Zweitens sollen gesunde Nahrungsmittel nach den neusten und modernsten Erkenntnissen der ökologischen Produktionsweise hergestellt werden. Tierfabriken und bodenunabhängige Hors-Sol-Gewächshäuser sind vorbei.

Die Konsumentinnen und Konsumenten haben seit der Abstimmung bewiesen, dass es ihnen ernst ist: Nicht nur in kleinen alternativen Läden unserer Städte, sondern auch in den Grossverteilern ist der Bio-Boom so richtig losgebrochen. COOP hat innert weniger Jahre ihren Anteil an «Naturaplan»-Artikeln vervielfacht, bei MIGROS sieht es seit dem Umstieg auf Bioprodukte ähnlich aus. Die Nachfrage ist heute grösser als das Angebot – und die Biobauern mögen nicht nach mit Produzieren.

Teure Überschüsse, hohe Umweltkosten

Umso widersprüchlicher und problematischer ist der gleichzeitige Versuch der Lockerung des Raumplanungsgesetzes. Mit der Revision des Artikels 16 des Gesetzes sollen gerade jene Produktionsweisen in der Landwirtschaftszone zugelassen werden, die in den letzten Jahren besonders stark kritisiert wurden und negative Schlagzeilen gemacht haben: Tierfabriken und Hors-Sol-Gewächshäuser. Die intensive Massentierhaltung widerspricht in fast allen Fällen nicht nur den Anforderungen des Tierschutzes. Sie hat viele andere weitere Nachteile:

- Sie ist verantwortlich für Fleischüberschüsse und lässt damit auf den Märkten die Preise zusammenbrechen. Betroffen von den Preiseinbussen sind nicht die (billig produzierenden) Massenproduzenten, sondern jene Bäuerinnen und Bauern, welche das vernünftige Mass einer modernen Tierhaltung erkannt haben.
- Sie ist verantwortlich für die starke Überdüngung unserer Böden und Gewässer. Da der Tierbesatz pro landwirtschaftlich genutzter Fläche viel zu hoch ist, werden viel zu hohe Mengen an Mist und Gülle ausgebracht – mit verheerenden Folgen für die Umwelt.
- Intensive Tierhaltung bringt auf den Bauernbetrieb immer auch einen er-

höhten Zukauf an Futtermitteln und Tiermedikamenten. Das ist teuer, birgt Risiken für die Fleischqualität und belastet die Umwelt zusätzlich.

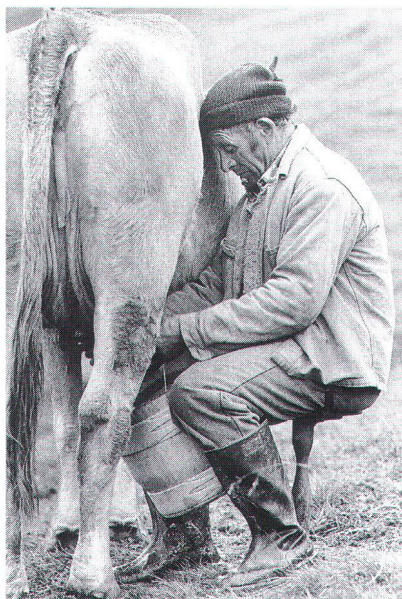
- Experten schätzen, dass nur mit einem rigorosen Abbau des Futtermittel-Zukaufs und der künstlichen Stickstoff-Düngergaben die heutigen Stickstoff-Überschüsse der bereits bestehenden Intensivlandwirtschaft um 30 bis 50 Prozent abgebaut werden können (FAC Liebefeld, 1994). Neue Tierfabriken sind deshalb kontraproduktiv.

- Umwelt-Ökonomen schätzen, dass auch heute noch die Kostenfolgen dieser Intensivlandwirtschaft jährlich 600 Millionen Franken betragen. Das sind Gelder im Gewässer- und Bodenschutz, für welche wir Steuerzahlerinnen und Steuerzahler aufkommen müssen (Universität Freiburg).

Hors-Sol nicht besser

Der bodenunabhängige Anbau von Gemüse und Früchten in Gewächshäusern ist nicht weniger problematisch als die Massentierhaltung. Und wenn schon gehören «Gewächshaus-Plantagen» nicht in die Landwirtschaftszone, sondern in Gewerbe- und Industriezonen. So will es der Gesetzgeber bisher. Er macht nur Ausnahmen, wenn das Einkommen aus dem aufgestockten Betriebszweig maximal 30 Prozent des bäuerlichen Gesamteinkommens beträgt. Eine Grenzziehung, die im durchschnittlichen Fall den Charakter eines bäuerlichen Gesamtbetriebs gerade noch beibehält. Der neue Artikel 16 des Raumplanungsgesetzes soll ermöglichen, dass hier sehr viel weiter gegangen wird.

Intensive Gewächshausbetriebe – unabhängig davon ob es nun konventionelle sind oder Hors-Sol-Kulturen bringen ökologische Nachteile mit sich, welche durch die marktmässigen Vorteile (Verlängerung der Saison!) kaum aufgewogen werden. Sie brauchen unverhältnismässig viele Agrochemikalien und synthetische Düngemittel, ihr Energiebedarf (Heizen und graue Energie für speziell behandelte Böden oder Standort-Substrate) ist enorm, und nicht zu vergessen ist (vor allem bei Hors-Sol) der hohe Entsorgungsaufwand für künstliche Substrate. Schäd-



Ob in der Milchwirtschaft oder im Ackerbau: Der Konsument wünscht eine marktkonforme und umweltschonende Produktion und gesunde Nahrungsmittel. (Bild oben Maeder, unten Aebi) Pour l'agriculture laitière ou céréalière, les consommateurs souhaitent des produits conformes aux lois du marché, naturels, biologiques et sains (photo du haut: Maeder, du bas: Aebi).

lich sind nicht zuletzt die landschaftlichen Beeinträchtigungen traditioneller Kulturlandschaften durch gross angelegte Gewächshäuser. Bereits mit der heutigen Gesetzgebung werden aus landschaftsschützerischer Sicht zu oft «Grenzfälle» toleriert. – Ein besonders umstrittenes und in den Medien immer wieder aufgegriffenes Beispiel war im Kanton Bern die Baubewilligung für die Gewächshausanlage eines Bio-Bauern in der Landwirtschaftszone von Diessbach b. Büren (1993–1996).

Werden die grundsätzlichen Zielrichtungen der heutigen Artikel 16 und 24 des Raumplanungsgesetzes nun gelockert und in die Praxis umgesetzt, werden die differenzierte Interessenabwägung und die dadurch – meist – allseits guten und akzeptablen Lösungen zwischen berechtigten bäuerlichen «Ausbauplänen» und dem Umwelt-, Heimat- und Landschaftsschutz kaum mehr möglich sein. Am kürzeren Hebel wird das Interesse der Allgemeinheit sein, am längeren die rein wirtschaftliche, kurzfristige Argumentation.



La nouvelle politique agricole est orientée vers le marché et l'écologie. Elle encourage par conséquent les exploitations paysannes cultivant le sol. Le nouveau système de paiements directs constitue un ensemble d'incitations économiques confirmant cette orientation. Cependant, la révision de la loi sur l'aménagement du territoire (LAT) va à l'encontre de ces objectifs: l'article 16 ouvre la voie à la production hors-sol et aux fabriques d'animaux.

Le refus populaire du paquet agricole 1995 a marqué un tournant dans les orientations de la politique agricole. Le concept «Agriculture 2002» présenté par le Conseil fédéral tient compte de cette nouvelle évolution, et en juin 1996, le peuple a accepté le nouvel article constitutionnel sur l'agriculture qui consacre le principe d'une agriculture à la fois durable et orientée sur le marché.

Excédents coûteux

Si le vote de 1996 a été une victoire des consommatrices et des consom-

Les fabriques d'animaux et les installations hors-sol sont contraires à une agriculture biologique moderne (photo FSPAP).

Tierfabriken und Hors-Sol-Anlagen sind «abgestandener Kaffee» und mit einer nachhaltigen Landwirtschaft unvereinbar. (Bild SL)



Le monde agricole tiré à hue et à dia

Tiraillements de la politique agricole

par Michael Kaufmann, Journaliste, Berne (résumé)

teurs, il a également constitué un formidable encouragement pour la promotion d'une agriculture plus écologique. Le peuple suisse a fait comprendre qu'il acceptait de continuer à soutenir l'agriculture à deux conditions: premièrement, la production doit être adaptée au marché (pas d'excédents ni de production de masse) et deuxièmement, la production de denrées alimentaires doit être à la pointe en matière d'écologie. Les fabriques d'animaux et la production hors-sol appartiennent donc au passé. Depuis cette votation, les petites boutiques alternatives, pionnières dans l'offre de produits biologiques, ont été suivies par les grands distributeurs qui offrent à l'heure actuelle une large gamme de produits biologiques et d'articles écologiques.

La révision de l'article 16 LAT est ainsi en complète contradiction avec la vo-

lonté marquée par le peuple suisse de refuser désormais les fabriques d'animaux, en partie responsables des montagnes d'excédents de viande qui font baisser les prix et pénalisent les productrices et producteurs. Ces installations ont des conséquences désastreuses sur l'environnement (grandes quantités d'engrais polluant les eaux), font grimper les coûts de production (fourrage, produits vétérinaires) et ne garantissent pas une production de viande sans risques. Les économistes estiment à 600 millions de francs par année le coût des dégâts causés par ce type d'agriculture intensive. Ces montants qui servent à protéger les eaux et le sol sont à la charge des contribuables.

Bilan de l'agriculture hors-sol

Jusqu'à présent, la culture hors-sol de fruits et légumes avait sa place en zone industrielle et artisanale. Des dérogations étaient accordées aux familles paysannes tributaires d'un revenu complémentaire, mais cette activité accessoire ne pouvait représenter plus de 30% du revenu total. Le nouvel article 16 de la LAT vise à autoriser l'implantation en zone agricole de grands complexes de cultures hors-sol. Pourtant, ces installations présentent beaucoup d'inconvénients pour l'environnement: elles nécessitent une énorme consommation d'énergie et l'utilisation de quantités importantes de produits chimiques et d'engrais synthétiques et défigurent les paysages ruraux traditionnels.

Assouplir le régime des dérogations appliqué à l'heure actuelle, lequel prévoit une pesée complète des intérêts en présence, revient à privilégier le profit économique à court terme par rapport à l'intérêt général.